

Bürgermeister wegen Verdachts der Urkundenfälschung angezeigt

Am 19. März schickte der Bürgermeister einen städtischen Angestellten mit einem Dienstwagen nach Österreich, um dort einen CDU-Stadtverordneten aus dem Urlaub zu der Stadtverordnetenversammlung am Abend abholen zu lassen.

Nachdem dieser Vorgang bekannt geworden war, gab der Bürgermeister über die Presse am 29. Mai 2009 die folgende Geschichte bekannt.

„Meine Prüfung ergab, dass es kostengünstiger ist, mit dem Dienstfahrzeug des Hauptamtes, was ich auch privat nutzen kann und für das ich monatlich - neben der Besteuerung - bezahle, dass ein Bekannter, der auch städtischer Bediensteter ist, in seiner Freizeit den betreffenden Stadtverordneten abholt. Transportkosten des Fahrers hat die CDU Homberg getragen.“

Am 9. Juli 2009 kam die Kehrtwende: Im Akteneinsichtsausschuss wurde die Beweislage für ihn erdrückend und er konnte die erste Version nicht mehr halten. Er schrieb an den Vorsitzenden.

In der letzten Sitzung wurde ich mehrfach von Ausschussmitgliedern gefragt. Wegen der Fülle der Dienstgeschäfte und gesundheitlicher Probleme, bin ich mir nicht sicher, ob ich alle Fragen richtig verstanden habe und möchte deshalb klarstellen, dass die Fahrt zur Abholung des Stadtverordneten Walther nach meiner Kenntnis mit dem städtischen Fahrzeug HR-HR 303 erfolgte.

Für den Akteneinsichtsausschuss hatte der Bürgermeister die Versicherungsunterlagen und die Genehmigung für die Privatnutzung für das Dienstfahrzeug **VW Golf Plus, HR-TM 691** vorgelegt. Drei Mal wurde der Bürgermeister gefragt mit welchem Fahrzeug der Stadtverordnete abgeholt worden sei, drei Mal keine Antwort.

In den vorgelegten Fahrtenbüchern der Dienst-Pkws fiel der **Opel Corsa, HR-HR 303** auf.

Am 19. März war eine Fahrt über 700 km eingetragen und zwei Tage später eine über 500 km. Die Unterschrift war unleserlich, sie wurde dem Bürgermeister vorgelegt, der erklärte, er habe diese Unterschrift geleistet.

Eine Fahrt nach Serfaus in Tirol war nicht eingetragen. Die vorhergehende Seite im Fahrtenbuch fehlte, sie war herausgerissen worden, was deutlich an den verbliebenen Papierresten zu erkennen war.

Eine Berechnung, nach der die Abholung mit dem städtischen Dienstfahrzeug billiger wäre, als die Reisekostenerstattung konnte vom Bürgermeister nicht vorgelegt werden.

Die Autofahrt über 1224 km würde nach den Aussagen des Bürgermeisters 400 Euro kosten.

Die Bahn- und Taxikosten von Serfaus nach Homberg betragen lediglich knapp 200 Euro; nur die wären auf Antrag zu erstatten gewesen.

Der Bürgermeister konnte auch nicht angeben, wo die behauptete Kostenübernahme durch die CDU für den Transport verbucht ist.

Der Fahrtenbucheintrag über 700 km nach Karlskron bei Ingoldstadt ist falsch, die Gesamtstrecke ist länger.

Fazit: Der Bürgermeister hat bewußt

- **die Öffentlichkeit und die Ausschussmitglieder mit falschen Informationen zu täuschen versucht,**
- **das Fahrtenbuch manipuliert und falsche Angaben beurkundet,**
- **mit städtischen Geldern die CDU begünstigt.**
- **einen Stadtverordneten beeinflusst, indem er ihm einen Vorteil verschafft hat.**
- **seine Neutralitätspflicht und seinen Dienst-eid verletzt.**

Die Homberger CDU und FDP verteidigen bisher diese Vorgehensweisen des Bürgermeisters. Sie sind bisher nicht willens dem rechtswidrigen Verhalten Einhalt zu gebieten. Stattdessen deckten sie die zahlreichen Rechtsverstöße und beteiligten sich aktiv an den Täuschungsmanövern.